

## Die Anschlussfreunde

Nachdem die Buchser ihre Broschüre herausgegeben hatten, wird in Altstätten ein Komitee der Anschlussfreunde unter Vorsitz von *Dr. Schöbi* und mit *Nationalrat Zurburg* gegründet, das gleichfalls eine Schrift unter dem Titel «Zum Zollvertrag mit Liechtenstein. Der Standpunkt der Anschlussfreunde» herausgibt. Österreich sei gerade im Falle des Zollanschlusses nicht berechtigt, sein Zollamt zu verlegen, und Buchs hätte das grösste Interesse am Zustandekommen des Vertrages, nicht zuletzt die Geschäftswelt in Buchs. «Es ist aber nicht übertrieben, wenn wir behaupten, dass Buchs durch diesen Anschluss nur profitieren wird.»

Das Wirken des Komitees und seine Schrift sind auch psychologisch für uns von Wert gewesen, haben doch die Buchser Gegner vorgegeben, im Namen des ganzen Rheintales und der Ostschweiz zu sprechen. Nun zeigt es sich — das Komitee setzt sich bewusst aus Vertretern verschiedener Parteien zusammen — dass unser Land auch in der Nachbarschaft gute Freunde hat.

## Der Beschluss des Ständerates

Am 28. August findet eine Sitzung der ständerätlichen Kommission statt, die mit allen Stimmen gegen eine beschliesst, den Antrag auf Zustimmung zu stellen. In der nationalrätlichen Kommission gibt es nur eine Stimmenthaltung. Die Aussichten für die Annahme stehen also sehr gut.

Da dem Ständerate die Priorität der Behandlung zugeteilt wird, berät er Geschäft Nr. 1738, Zollvertrag mit Liechtenstein, zuerst.

Am 4. Oktober finden die Verhandlungen im Ständerate statt. Referent ist *Ständerat Bolli* im Namen der zuständigen Kommission, die Eintreten auf die Vorlage und Annahme in globo beantragt. Er schildert die Verhältnisse unseres Landes und seine Notlage und hebt hervor: «Wohl ist Liechtenstein noch ein Fürstentum, aber eines mit sehr weitgehenden Volksrechten. Der Schweizerfranken ist schon die Währung Liechtensteins geworden. Das Gerichtswesen ist nach schweizerischem Vorbild ausgestaltet worden und Liechtenstein hat durch die Steuergesetzgebung dargetan, dass es gewillt ist, die Mittel für seine Staatsausgaben aus eigenen Kräften aufzubringen», und der Berichterstatter führt weiter aus: